

## BASF/DBU-Kongress

### Politik und Industrie im Dialog – Wege zur Nachhaltigkeit Nachwachsende Rohstoffe für die Industrie Berlin, 15. Mai 2006

**Vortrag: Dr. Klaus Kliem, Deutscher Bauernverband**

**Thema: „Nachwachsende Rohstoffe – als Chance für die deutsche und europäische Landwirtschaft“**

Anrede

Sehr geehrte Damen und Herren,

noch vor kurzem wurde hinter gleich lautenden Vortragsthemen in der Regel noch ein Fragezeichen gesetzt. Das ist erfreulicherweise nicht mehr der Fall. Heute geht es nicht mehr um die Frage, ob, sondern wie können nachwachsende Rohstoffe genutzt werden. Kurzum, es geht um die Märkte in der stofflichen oder/und energetischen Nutzung. Der Weg dahin war schwierig. Denn als 1993 erstmals das Instrument der Flächenstilllegung in der EU der 15 Mitgliedsstaaten eingeführt wurde, mussten sich der Deutsche bzw. Europäische Bauernverband vehement dafür einsetzen, dass auf diesen Flächen zumindest nachwachsende Rohstoffe angebaut werden durften. Die Kommission hatte mit der Flächenstilllegungsverpflichtung nur die Konsolidierung des EU-Haushalts zum Ziel. Ein Konzept für die Nutzung dieses riesigen Flächenpotenzials hatte der damalige Agrarkommissar Mac Sharry nicht in der Tasche. Immerhin mussten seinerzeit auf einen Schlag etwa 6 Mio. Hektar stillgelegt werden. Dafür hatte der Kommissar der Ölsaatenbranche die Bürde des Blair-House-Abkommens hinterlassen, das hoffentlich mit dieser WTO-Runde endlich mit dem Vermerk „überholt“ zu den Akten gelegt wird.

Der Berufsstand hatte frühzeitig erkannt, dass nachwachsende Rohstoffe der Schlüssel für die Entwicklung neuer Absatzmärkte sind. Die Gründung der UFOP im Dezember 1990 und die vom Berufsstand erfolgreich initiierte Gründung der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe im Jahr 1993 möchte ich als zwei heute sehr erfolgreiche Initiativen auf Bundesebene anführen. Nachfolgend wurden analoge Entwicklungen auch auf Länderebene mit dem Ergebnis angestoßen, dass wir heute auf hohem Niveau vortrefflich inzwischen über Förderkompetenzen, -schwerpunkte usw. diskutieren können. Ich begrüße daher die Initiative der DBU die Abstimmung der Projektträger auf Bundesebene voran zu treiben.

Aus der Sicht des DBV gilt es die Effizienz in folgenden Bereichen zu verbessern:

1. Mit dem Ziel möglichst Zeitnah und flächenwirksam die Märkte für Rohstoff und Endprodukt zu öffnen, müssen die knappen öffentlichen F&E-Mittel auf die erfolgversprechendsten Forschungsschwerpunkte konzentriert werden;
2. Der Focus aller Forschungsaktivitäten muss darauf ausgerichtet sein, das bestehende Flächenpotenzial für nachwachsende Rohstoffe möglichst effizient zu nutzen.
3. Die weiße und grüne Biotechnologie eröffnen Richtungsweisende Optionen für die Produktion und Verwendung nachwachsender Rohstoffe. Mir ist bewusst, dass es sich hier – insbesondere bei der grünen Gentechnik - auch um ein im Verband teilweise kontrovers diskutiertes Thema handelt.
4. Die Öffentlichkeitsarbeit muss weiter intensiviert werden – dies gilt sowohl für die Produkt bezogene Absatzförderung als auch für die Technologien für deren Gewinnung –also vom Labor über das Feld bis ins Regal.

Nachwachsende Rohstoffe werden gemeinhin als Multitalent bezeichnet, denn sie speichern Sonnenenergie, allerdings in sehr vielfältigen Zusammensetzungen. Ein Vorteil, der sich gemessen an den petrochemischen Wettbewerbsprodukten in einen nicht unerheblichen Nachteil umkehrt. Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen müssen sich in ihren Eigenschaften und im Preis an den fossilen Wettbewerbern messen. Steigende Rohölpreise verringern diesen Kostennachteil. Für die Landwirtschaft

hat die Rohölpreisentwicklung aber auch die Kehrseite, dass steigende Kosten für Kraftstoff, Dünger usw. auch zu Buche schlagen. Wir müssen also hier auch selbst effizienter werden.

Die produktionstechnische Optimierung und damit die Kostenoptimierung steht nach wie vor im Mittelpunkt der Betriebsstrategie – leider nicht in der öffentlichen Forschung. Im Gegenteil – hier muss die Politik endlich den Widerspruch zwischen ihren umweltpolitischen Anforderungen an die Landwirtschaft einerseits – Stichwort: Cross Compliance und der politischen Bedeutung der Landwirtschaft als Energie- und Rohstofflieferant auflösen. Die Forschung beginnt auf dem Acker, also in der Züchtung und in der Produktionstechnik. Die chemische Industrie ist die Wachstumsbranche in Deutschland. Sie hat genügend Ertragskraft die Rohstoff- bzw. Produktentwicklung zu forcieren. Allerdings sind auch die Zeiten vorbei, dass Nachwachsende Rohstoffe nur dann eine Chance haben, wenn sie billig sind. Bei Pflanzenöl beginnt das Ringen um den Rohstoff. Das ist auch gut so – der Nachfragewettbewerb um den Rohstoff ermöglicht schließlich erst Erzeugerpreise, die Konsequenzen der 3. Stufe der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik kompensieren zu können. Also gerade jetzt muss im wahrsten Sinne des Wortes auch in der Landwirtschaft die Ertragskraft steigen. Die Zeiten, dass hohe Flächenprämien niedrige Erzeugerpreise gegenfinanzierten sind also vorbei. Die stoffliche hat im Vergleich zur energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe sicherlich Produkt bezogen das höhere Wertschöpfungspotenzial, aber kommt diese auch beim Landwirt über den Rohstoff an? Und, welches Rohstoffpotenzial wäre maximal in der stofflichen Nutzung absetzbar? Verglichen mit dem Energiesektor ist das Absatzpotenzial nachwachsender Rohstoffe eher gering. Die aktuelle Anbaustatistik der FNR weist eine seit Jahren auf mehr oder weniger gleich bleibendem Niveau stagnierende Entwicklung aus - bspw. bei der Stärke von etwa 125.000 und bei Rapsöl 100.000 Hektar. Mir ist klar, hier muss sich die Landwirtschaft dem internationalen Wettbewerb stellen – dies gilt vor allem für den Markt für Öle und Fette. Importöle wie Palmöl oder auch die Gewinnung von Ölsäure aus Schlachtfetten bestimmen die Rohstoffpreisentwicklung und damit die Rohstoffanteile in der Industrie. Aber die deutsche und europäische Landwirtschaft benötigt gemessen an ihrem Rohstoffpotenzial Volumenmärkte mit dem Ziel eine flächen- und damit schließlich auch einkommenswirksame Absatzalternative eröffnen zu können. Angesichts galoppierender Öl- und Gaspreise und der zunehmenden geopolitischen Unsicherheiten richtet sich der Focus auf die Sicherung der Energieversorgung. Deutschland hat sich darüber hinaus sehr ambitionierte Ziele zur Reduktion der Klimagase gesetzt. Richtigerweise setzt Deutschland gemessen an anderen Mitgliedsstaaten ebenso die Europäischen Richtlinien zur Förderung von grünem Strom und Biokraftstoffen konsequent in nationales Recht um.

Mit etwa 1 Mio. ha Rapsanbau zur Biodieselherstellung konnte im Biokraftstoffmarkt hierzulande eine echte Produktionsalternative entwickelt werden, die auch optisch das Bild unserer Kulturlandschaft prägt. Dieser Absatzmarkt entlastet erheblich die Überschusse im Getreidemarkt. Diese Entwicklung muss jetzt auch in anderen Mitgliedsstaaten einsetzen – die Energiepflanzenprämie in Höhe von 45 Euro je Hektar reicht hierfür nicht aus. Der Markt bzw. die hierzu erforderlichen Rahmenbedingungen müssen den Rohstoff mobilisieren. Der Biomasse fällt gemäß Weißbuch der EU-Kommission „Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energien“ mit einem Anstieg auf 135 Mio. Tonnen Erdöläquivalent bis 2010 eine herausragende Bedeutung zu. Dies ist auch richtig. Denn das Biomassepotenzial in Deutschland und der EU ist enorm. Allein der strukturelle Versorgungsüberhang bei Getreide von etwa 30 Mio. Tonnen zuzüglich der EU-Stilllegungsfläche von 6 Mio. Hektar entspricht etwa 26 Mio. Tonnen Rohöläquivalent. Der deutsche und europäische Bauernverband begrüßen ausdrücklich, dass die EU-Kommission ihre energiepolitischen Ziele nach oben korrigiert hat. Bis 2010 sollen 12 Prozent des Primärenergiebedarfs durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Insgesamt soll die Bioenergie – hierzu zählt natürlich auch Holz – bis Ende 2010 einen Beitrag in Höhe von 185 Mio. Tonnen Erdöläquivalent leisten. Auch die Wärmegewinnung soll besser gefördert werden. Der Anteil an grünem Strom soll auf 21 Prozent und das Mengenziel bei Biokraftstoffen in Höhe von 5,75 Prozent auf jeden Fall erreicht werden. Gemessen an dem Rohstoff- bzw. Flächenpotenzial sind die in der EU-Richtlinie zur Förderung von Biokraftstoffen vorgegebenen Mengenziele durchaus erreichbar. Die EU-Kommission ist jedoch mit dem Stand der Umsetzung in Mitgliedsstaaten nicht zufrieden. Die Berichterstattung der Mitgliedsstaaten an die EU-Kommission lässt jedoch erkennen, dass der politische Wille in den jeweiligen Mitgliedsstaaten in dieser Hinsicht jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Es sind die Länder Deutschland, Frankreich, Österreich, Schweden und Spanien, die das Mengenziel für 2005 erfüllt haben. Neben Österreich, Frankreich und anderen Mitgliedsstaaten wird auch Deutschland als Ergebnis der Abstimmung in der Regierungskoalition ab 2007 mit ordnungspolitischen Maßnahmen den Biokraftstoffanteil schrittweise erhöhen. Hier konnte unseres Erachtens ein insgesamt sachgerechter Interessenausgleich zwischen der Biokraftstoffbranche und der Politik erzielt werden. Aber auch die Fahrzeugindustrie verstärkt den Druck den Anteil Biokraftstoffe zunächst von Biodiesel und Bioethanol im Markt zu erhöhen. Die Bundesregierung hat die EU-Kommission aufgefordert dem europäischen Normierungsinstitut - CEN – das Mandat zur Änderung der Kraftstoffnorm für Dieselkraftstoff zu erteilen. Die Bundesregierung strebt an, dass bereits 2010 die europäische

Kraftstoffnorm für Diesel die Möglichkeit erlaubt bis zu 10 Prozent Biodiesel zumischen zu können. Diese Zielsetzung wird von der EU-Kommission unterstützt. Eine Vielzahl von Initiativen wurden bereits auf europäischer Ebene begonnen. Hierzu zähle ich auch den Biomasseaktionsplan sowie die EU-Strategie für Biokraftstoffe der EU-Kommission. Im Wesentlichen sind folgende Maßnahmen geplant:

Die Mitgliedsstaaten sollen bei Biokraftstoffen verstärkt die Beimischungsverpflichtung einführen. Hier wird auch ein Kompromiss gesehen, Entwicklungsländern den Marktzugang zu öffnen – insbesondere bei Bioethanol. Aber es soll auch geprüft werden, ob neben der Biomasse verstärkt biogene Abfälle energetisch genutzt werden können. Hier besteht vielleicht auch die Möglichkeit Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen in entsprechenden Entsorgungskonzepten zu berücksichtigen. Nicht nur die Kompostierung, sondern soweit möglich die energetische Nutzung – beispielsweise von Bioplastik – erleichtert diesen Produkten dann möglicherweise den Marktzugang. Ende 2006 steht der Bericht der EU-Kommission an Rat und Parlament über die Verwendung von Biokraftstoffen an. Zum 01. Januar 2007 übernimmt Deutschland die Ratspräsidentschaft. Der Deutsche Bauernverband erwartet, dass die Bundesregierung bis dahin nicht nur einen nationalen Biomasseaktionsplan vorlegt, sondern in Brüssel mit einer Strategie zur Förderung der Erneuerbaren Energien antritt. Die Bundesregierung hat die Chance in den kommenden sechs Monaten die Weichen für eine zunehmend stärker auf den Energiemarkt ausgerichtete land- und forstwirtschaftliche Produktion zu stellen. Insbesondere die Landwirtschaft in den neuen Beitrittsländer benötigt neue Absatzperspektiven. Die Biomasseproduktion bindet in der Vorkette Arbeitsplätze – hier werden die Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen. Der Bioenergieproduktion müssen jetzt die richtungsweisenden und nachhaltigen Impulse gegeben werden. Ich schließe auch hier die Forschung erneut ausdrücklich mit ein. Im Wärmemarkt ist die Wettbewerbsfähigkeit bereits gemessen an dem Energiewert gegeben. Bei aktuellen Getreidepreisen ist die Kilowattstunde nur halb so teuer verglichen mit Heizöl. Aber die Verbrennungstechnik muss auch die steigenden immissionsrechtlichen Anforderungen erfüllen. Es sind überwiegend kleine und mittelständische Unternehmen, die sich hier engagieren. Die systematische Forschungs- und Entwicklungsförderung müsste hier ansetzen, den Wettbewerb um die effizienteste Technologie zu erhöhen und gleichzeitig die Chancen im Heizkesselmarkt zu erhöhen. Sie werden sich sicherlich fragen, wo liegt die Zukunft der stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe? Hier muss zunächst mit Anerkennung festgestellt werden, dass die Forschung von Seiten der chemischen Industrie bereits eine außerordentlich große Produktvielfalt zum Ergebnis hat. Im Gegenteil, es kann mit Blick auf den Absatz regelrecht von einem Produktstau gesprochen werden. So decken heute bspw. Hydrauliköle auf Basis nachwachsender Rohstoffe bereits 80 Prozent des Marktes gemessen an den technischen Anforderungen ab – aber leider nicht in Marktanteilen. Ähnlich verhält es sich auch bei Biokunststoffen. Der zügige Marktzugang bleibt diesen Produkten verwehrt, weil sie im Preisvergleich mit ihren fossilen Wettbewerbern nicht oder noch nicht konkurrieren können. Hier befinden wir uns in einem Gefangen-dilemma, weil die Preise für nachwachsende Rohstoffe auch steigen. Diese Situation ist vorerst noch besonders im Pflanzenölmarkt ausgeprägt, aber auch die Getreidepreise werden mittelfristig steigen. Ich bin der Meinung, dass der ökologische Vorteil nicht angemessen honoriert wird – auch hier können wir von einem Mitnahmeeffekt sprechen. Aus der Sicht des DBV müssen ordnungspolitische Maßnahmen zunächst den Marktzugang öffnen. In ökologisch gut begründeten Fällen sind diese Maßnahmen auch berechtigt. Die Vorschrift, dass im Kommunalwald nur biologisch abbaubares Säugekettenöl eingesetzt werden darf, ist ein gutes Beispiel, das sich auch auf weitere umweltsensible Bereiche bzw. Anwendungen übertragbar ist. Dieser Anschub wird benötigt, damit entsprechende Absatzmengen auch eine Kostendegression bei der Produktherstellung bzw. auch der Wettbewerb als Ergebnis entsprechender Ausschreibungen forciert wird und nachfolgend sich auch die Produktpreise anpassen müssen. Bei Bioplastik sind wir nicht zuletzt als Ergebnis der gestiegenen Ölpreise an der Wettbewerbsschwelle angekommen. Hier bedarf es einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit aller Wirtschaftskreise, aber auch mit öffentlicher Unterstützung, um den Absatz anzustoßen. DBV und VCI hatten sich erfolgreich mit ihren Forderungen zur Novellierung der Verpackungs-Verordnung eingebrochen. Die jetzt im Gesetz enthaltene Freistellungsfrist vom Nachweis einer flächendeckenden Entsorgung bis Ende 2012, muss jetzt genutzt werden. Andere EU-Mitgliedsstaaten gehen hier pragmatischer und schneller voran. Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich der Anbau und die Verwertung nachwachsender Rohstoffe schrittweise zur dritten Einkommenssäule für die deutsche und europäische Landwirtschaft entwickelt. Geschwindigkeit und Wertschöpfung hängen von den Rahmenbedingungen, aber auch von dem Mut des jeweiligen Betriebsleiters ab, selbst in die Vermarktung von Strom, Wärme oder auch Biokraftstoffen einzusteigen. Es entstehen damit neue Betriebszweige, aber auch Qualifizierungsbedarf. Der Bioenergiemarkt trägt dazu bei Nachteile bzw. schwierige Wettbewerbsbedingungen in anderen Märkten – z. B. Milch – auszugleichen. Hofnachfolger brauchen zusätzliche Perspektiven, um neue Standbeine für den Betrieb aufzubauen zu können. In diesem Sinne appelliere ich nochmals an die Bundesregierung die bevorstehende Ratspräsidentschaft zu nutzen. Die

energieversorgungs- und umweltpolitischen Herausforderungen sprechen für sich. Biomasse ist ein strategischer Bestandteil der nationalen und europäischen Rohstoff- und Energieversorgung.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.